

## K7 Vernünftig haushalten – Verwaltung modernisieren (Haushalt und Verwaltung)

Antragsteller\*in: Oliver Kossack (Frankfurt-Oder KV)

### Text

1 Vernünftig haushalten – Verwaltung modernisieren

2 Ähnlich wie viele andere Städte in berlinferneren Gebieten des Landes befindet  
3 sich Frankfurt (Oder) in einer finanziell schwierigen Situation.  
4 Unternehmensschließungen, aber auch der jahrelange Rückgang der Bevölkerung und  
5 die Alterung der Gesellschaft führten zu Einnahmeausfällen, während die Ausgaben  
6 im Sozialbereich kontinuierlich stiegen und weiter steigen werden. Zudem sind  
7 nicht alle Verwaltungsaufgaben ausfinanziert, die uns das Land übertragen hat.  
8 Als Oberzentrum in Ostbrandenburg übernehmen wir außerdem viele Aufgaben für die  
9 umliegenden Kommunen mit: Kultur, ÖPNV, Schulen und Kitas werden nicht nur von  
10 Frankfurter\*innen genutzt, sondern zu einem nicht unwesentlichen Anteil auch von  
11 Menschen aus dem Umland. Das ist gut und richtig, führt aber auch dazu, dass wir  
12 die finanziellen Lasten stärker tragen. All diese Rahmenbedingungen haben dazu  
13 geführt, dass Frankfurt eine hochverschuldete Stadt ist. Wenngleich es 2018  
14 erstmals gelungen ist, keine neuen Schulden mehr aufzunehmen, müssen wir nun bis  
15 2030 Altschulden abbauen. Die Unterstützung des Landes durch die  
16 Teilentschuldung ist dabei sehr hilfreich, gleichzeitig aber auch eine große  
17 Herausforderung, weil wir hohe Eigenanteile erbringen müssen.

18 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten es für unverantwortlich, dass zukünftige  
19 Generationen unsere Rechnungen begleichen sollen. Deshalb werden wir konstruktiv  
20 daran mitwirken, die Verschuldung abzubauen und einen langfristig ausgeglichenen  
21 Haushalt zu erreichen. Natürlich gehört hierzu, unser Haushaltssicherungskonzept  
22 umzusetzen und kritisch zu begleiten, aber auch bei Bund und Land eine faire  
23 sowie aufgaben- und bedarfsgerechte Aufteilung des Steueraufkommens  
24 einzufordern.

25 Die Decke ist immer irgendwo zu kurz! Um die Bürger\*innen bei der Verteilung  
26 unserer knappen Mittel zu beteiligen, wollen wir zügig einen  
27 Bürger\*innenhaushalt einführen, nachdem die bisherige Verwaltungsspitze dies  
28 jahrelang nicht umgesetzt hat. Bürger\*innen sollen den Haushalt so besser  
29 verstehen, eigene Vorschläge einbringen und Prioritäten setzen können, aber auch  
30 Einsparpotenziale aufzeigen. Auf Landesebene setzen wir uns für eine  
31 Schuldenbremse mit Augenmaß ein. Notwendige Investitionen und Instandhaltungen,  
32 insbesondere in der Infrastruktur und in der Bildung, dürfen nicht einem blinden  
33 Spardiktat zum Opfer fallen, wenn deren Unterlassen zu noch schlimmeren  
34 Zuständen führen würde. Unsere Grundaufgaben in der Daseinsfürsorge müssen wir  
35 stets erbringen können.

36 Etwa zehn Jahre nach Einführung der doppelten Buchführung in der Stadtverwaltung  
37 fehlen noch fast alle Jahresabschlüsse. Dieser Rückstand muss schnell bereinigt  
38 werden. Erst dann lässt sich mit Soll-Ist-Vergleichen arbeiten und die Steuerung  
39 der Verwaltungstätigkeiten über Kennzahlen und strategische Ziele wird möglich.

40 Wir müssen allerdings auch unseren Beitrag leisten und die Verwaltungsabläufe  
41 modernisieren. Bei allen Aufgaben muss geprüft werden, ob sie im bisherigen  
42 Umfang oder überhaupt von der Stadt geleistet werden müssen. Die Sanierung des  
43 Rathauses bietet auch eine gute Gelegenheit, Verwaltungsprozesse zu verschlanken

44 und zu digitalisieren. Die Stadtverwaltung muss ihre Dienstleistungen für die  
45 Bürger\*innen effektiv und kostengünstig erbringen.

46 In der landesweiten Diskussion über bessere Verwaltungsstrukturen setzen wir auf  
47 die Stärkung Frankfurts als Oberzentrum. Eine solche Stärkung muss sich auch bei  
48 der Bereitstellung der notwendigen finanziellen Mittel zeigen. Wir wollen, dass  
49 jede Maßnahme von den Bürger\*innen her gedacht und umgesetzt wird, um dadurch  
50 sicherstellen, dass gute kommunale Leistungen effizient, in guter Qualität und  
51 bürger\*innennah angeboten werden. Zur Stärkung der Effektivität des  
52 Verwaltungshandelns und zur Erschließung von Einsparpotenzialen wollen wir eine  
53 engere Zusammenarbeit mit den umliegenden Landkreisen, Ämtern und Gemeinden bei  
54 der Erledigung von Verwaltungsaufgaben und bei weiteren kommunalen  
55 Handlungsfeldern erreichen.

56 Außerdem muss die Arbeit der Eigenbetriebe und der kommunalen Unternehmen  
57 ökonomischer werden. Zusammenarbeit oder die Integration einzelner Einheiten,  
58 z.B. in der Verwaltung, sind in Betracht zu ziehen, wenn sich dadurch Aufgaben  
59 bei gleicher oder höherer Qualität kostengünstiger erledigen lassen. Ein  
60 Beispiel dafür ist die von uns mit angestoßene Kulturstrukturuntersuchung, mit  
61 der erreicht werden soll, dass wir knappes städtisches Geld nicht für  
62 Doppelstrukturen im Kulturbereich ausgeben, sondern es für das Kulturangebot  
63 nutzen können. Den Verkauf von kommunalen Unternehmen, um kurzfristig  
64 Finanzlöcher zu stopfen, lehnen wir jedoch ab. Insbesondere die gemeinnützige  
65 Pflege gGmbH wollen wir als Teil der städtischen Daseinsvorsorge erhalten.  
66 Privatisierungen müssen am Ende immer die Bürger\*innen mit höheren Preisen teuer  
67 bezahlen. Wir wollen prüfen, ob es nicht sinnvoll und kostengünstiger ist, fremd  
68 vergebene Aufgaben wieder in die Stadtverwaltung zurückzuholen (z.B.  
69 Abfallwirtschaft, Straßenreinigung oder Winterdienst).

70 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind der Auffassung, dass der Oberbürgermeister als  
71 oberster Verwaltungschef und als Gesellschaftervertreter der kommunalen  
72 Unternehmen darauf drängen muss, dass bei der Auftragsvergabe und Anschaffung,  
73 z.B. von Softwaresystemen und beim Fuhrpark oder bei allgemeinen  
74 Verwaltungsaufgaben, Synergieeffekte erzielt werden. Nicht jedes kommunale  
75 Unternehmen muss das Rad für sich neu erfinden.

76 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass Sach- und Dienstleistungen für  
77 die Stadt kostengünstiger eingekauft werden. Dabei soll aber immer auch die  
78 Einführung von sozial-ethischen und ökologischen Vergabekriterien in der  
79 Stadtverwaltung geprüft werden. Wir fordern, dass die Stadtverwaltung  
80 beispielsweise bei der verwaltungsinternen Beschaffung von Speisen, Getränken  
81 und Blumen ökologische, fair gehandelte und regionale Produkte bevorzugt. Ein  
82 Blumenstrauß mit fair gehandelten Blumen ist nicht teurer – er wird lediglich  
83 etwas kleiner ausfallen.